

DEUTSCHE POLITIK

ZUR AUSSEN- UND INNEN- POLITIK DER BUNDESREPUBLIK IM SOMMER 1959

Der zweite Präsident der Bundesrepublik Deutschland ist gewählt; am 15. September wird er mit seiner Vereidigung vor dem Bundestag die Nachfolge von *Theodor Heuss* antreten. Der 64jährige westfälische Kleinbauernsohn und Agrarfachmann *Heinrich Lübke*, sicher ein ehrenwerter und auf seinem Fachgebiet bewanderter Mann, wird es nicht leicht haben, mit dem schwäbischen Schöngest zu konkurrieren, der in zehn Jahren der Präsidentschaft sich die Zuneigung der Bevölkerung erworben hat. Dem 75jährigen, der demnächst sein inzwischen fertiggestelltes „Häusle“ in Stuttgart beziehen wird, gebührt besonderer Dank für die Festigkeit, mit der er sich weigerte, dem bequemen Weg einer dritten Wiederwahl oder Amtszeitverlängerung unter Änderung des Grundgesetzes zuzustimmen. „Man kann nicht einfach die Verfassung ändern, nur weil man jemand gern hat“, hat er den Berlinern bei seinem letzten Besuch gesagt.

Der knappe Sieg Lübkes mit 526 Stimmen im zweiten Wahlgang — im ersten Wahlgang hatten drei Stimmen an der erforderlichen absoluten Mehrheit von 520 gefehlt — deutet die Heftigkeit der Auseinandersetzungen an. Die Sozialdemokraten stimmten in beiden Wahlgängen geschlossen für ihren Kandidaten *Carlo Schmid*, die Freien Demokraten für ihren Parteifreund *Max Becker*, dem auch wohl die Stimmen des BHE zufließen, während die Deutsche Partei, getreu der ausgegebenen Parole, sich der Stimme enthielt. Im zweiten Durchgang mögen zwei Abgeordnete der DP (wahrscheinlich die beiden Kabinettsmitglieder) und sieben Wahlmänner von Bayernpartei und BHE ihre Meinung zugunsten Lübkes geändert haben. Für die DP, auf deren Ergebnis die CDU/CSU bisher immer fest rechnen konnte, wird diese Anwendung von Selbständigkeit noch einige unangenehme Folgen haben. Jedenfalls sieht es nicht so aus, als ob die CDU dem kleinen Koalitionspartner die noch 1957 gewährte und von diesem so dringend benötigte Wahlhilfe für die Bundestagswahl 1961 leisten wollte.

Prestigeangelegenheit der CDU

Wäre der demokratische Geist, so wie ihn *Theodor Heuss* repräsentiert, stärker unter unseren verantwortlichen Politikern verbreitet, dann wäre dem jungen westdeutschen Staatswesen eines der traurigsten Kapitel, eine der schwersten Krisen seines Daseins, erspart ge-

blieben. Um seiner Zukunft willen kann nicht verzichtet werden, dieses Kapitel hier zu rekapitulieren. Man kann, ohne der Einseitigkeit geziehen zu werden, wohl sagen, daß die Präsidenten- und Kanzlerkrise des Frühjahrs 1959 ihre wesentlichste Ursache darin hat, daß die Augen der Mehrheitspartei größer und begehlicher waren als ihr Magen. Im Gegensatz zu 1949 und 1954 war es für die CDU/CSU 1959 zu einer Prestigeangelegenheit geworden, daß auch der Bundespräsident aus ihren Reihen hervorgehe. Sie hat dieses Ziel erreicht, aber mit welchen Opfern! Zunächst war für diesen Posten inoffiziell der Bundestagsfraktionsvorsitzende *Dr. Krone* ausersehen. Dann taten die Sozialdemokraten ihren seit langem geschicktesten Schachzug: Sie nominierten den weit über die Grenzen der Partei hinaus beliebten, geistreichen *Prof. Carlo Schmid*. Und nun wurde es zu einer Ehrensache für die Christlichen Demokraten, dem Sozialdemokraten einen gleich populären und angesehenen Politiker gegenüberzustellen. Es kam zu der Kandidatur *Erhards*. Der Wirtschaftsminister machte den grundlegenden Fehler, darauf einzugehen und sich weggeben zu lassen. Schon schienen bestimmte, mit Erhard unzufriedene Kreise des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Grund zum Frohlocken zu haben; sie benannten ihrerseits den Kartellbefürworter und Leiter des Deutschen Industrieinstitutes, *Dr. Fritz Hellwig*, als Nachfolger für das Wirtschaftsministerium — da zwang ein förmlicher Aufstand, vor allem der CDU-Funktionäre und -Mitgliedschaft, die die wichtigste Zugmaschine für den Bundestagswahlkampf 1961 zu verlieren befürchteten, die Parteiführung, diesen Plan aufzugeben.

Aber der Zwang, *Carlo Schmid* einen ebenbürtigen Kandidaten entgegenzustellen, blieb. Jetzt glaubten einige Entschlossene, das Problem der Nachfolge *Konrad Adenauers* am besten lösen zu können. In hartem Ringen überredeten prominente Politiker der Partei unter Führung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten *von Hassel* den Kanzler, das oberste Amt zu übernehmen, wobei sie ihm den Verzicht auf die Kanzlerschaft durch ein reichlich schön gefärbtes Bild der Machtfülle schmackhaft machten, die er als Präsident haben könne. Die Rundfunkrede vom 8. April, mit der Adenauer seinen Entschluß, für den Präsidentenposten zu kandidieren, bekanntgab und als „richtig“ bezeichnete, wird für die Historiker eines der wichtigsten Dokumente zum Verständnis dieses Mannes, seiner Mentalität und seiner Methoden bleiben.

Im Reisegepäck für seinen Italienaufenthalt nahm der Bundeskanzler Grundgesetz und Rechtsgutachten mit. Dort in Cadenabbia scheinen ihm bereits erhebliche Bedenken gekommen zu sein; Innenminister *Schröder* dürfte sie nach der Rückkehr Adenauers nach Bonn verstärkt haben. Einige massive Demenstis gegenüber der Presse, und dann war es so-

weit: Vier Wochen vor der Wahl verzichtete Adenauer auf die Kandidatur und verkündete, daß er Kanzler bleiben wolle, da nur er imstande sei, die internationale Situation — „noch nie war die Lage so ernst“ — zu meistern.

Die wahren Hintergründe

In Wirklichkeit ging es dem Kanzler, wie er auch in einem Zeitungsinterview unumwunden zugab, um etwas anderes: Der von ihm als Kanzler ausersehene *Franz Etzel* hatte nicht die Billigung von Partei und Fraktion gefunden. Favorit Ludwig Erhard aber, bisher schon Vizekanzler und durch die wochenlange öffentliche Diskussion in seinem Selbstbewußtsein und seinen Ambitionen gestärkt, war auf die Ablehnung Konrad Adenauers gestoßen. Von Etzel als Kanzler erhoffte Adenauer bereitwilligeres Eingehen auf seine Wünsche und Anordnungen als Präsident; in Erhard fürchtete er den eigenwilligen, von neuen Vorstellungen beherrschten Politiker, der sich nicht würde gängeln lassen. Das Entscheidende dabei dürfte die Eifersucht des alternden Autokraten auf den vom Volke gefeierten Kronprinzen gewesen sein. Wenn auch die in Frankreich kolportierte Version, die Kontroverse Adenauer/Erhard spiegele eine Auseinandersetzung zwischen West und Ost in der CDU wider, unsinnig ist, so dürfte eines zutreffen: Erhard steht der kleineuropäischen, stark französisch betonten Lösung, die die Europäische Wirtschaftsorganisation zur Zeit darstellt, mit Vorbehalten gegenüber. Er ist im Grunde ein Verfechter der Freihandelszone und der britischen Vorstellungen. Da diese Kontroverse ja auch das britische Verhalten auf der Genfer Außenministerkonferenz, oft im Widerspruch zu den Franzosen, bestimmt hat, schließt sich hier sogar der Kreis der Adenauerschen Überlegung.

Adenauer hat sich gegen Erhard und die Mehrheit der Bundestagsfraktion durchgesetzt, die, wenn auch zähneknirschend, seinen Entschluß akzeptierten. Es wurden viele starke Worte gegen den Parteigewaltigen gesprochen, von Erhard sowohl wie von anderen, aber am Ende gaben sie zweimal nach. Das eine Mal, als der „Alte“ seinen Rücktritt von der Präsidentschaftskandidatur verkündete, das zweite Mal, als er den mühsam geschlichteten Streit durch ein halbes Dutzend für Erhard wenig schmeichelhafter Interviews in der Auslandspressen neu entfachte. Erhard war zutiefst verletzt, aber die letzten Konsequenzen zu ziehen, wagte er nicht. Die Fraktion, zum ersten Mal ernsthaft mit der Gefahr der Spaltung konfrontiert, war schließlich froh, als sie in dem ehrenwerten Heinrich Lübke, zwei Wochen vor dem Wahltermin, einen passablen Kandidaten fand. Diese Auseinandersetzung scheint die CDU/CSU sogar vorübergehend zusammen-

geschweißt zu haben. Es dürfte in dieser Fraktion kaum Stimmen gegen Lübke gegeben haben, wie man sie zuvor als Demonstration gegen den Kanzler erwartet hatte.

Die betrübliche Episode um die Wahl des neuen Bundespräsidenten erschöpfte sich freilich nicht in dem kläglichen parteipolitischen Spiel mit Institutionen des demokratischen Staates. Das Tauziehen um den *Wahlort* war nicht weniger unerfreulich. Gegen die bereits vor Monaten vom Bundestagspräsidenten *Gerstenmaier* ausgesprochene Absicht, die Bundesversammlung nach *Berlin* einzuberufen, wurden von der Bundesregierung später Einwendungen erhoben; angeblich seien die westlichen Alliierten mit Rücksicht auf die Genfer Außenministerkonferenz dagegen. Gerstenmaier und vor allem Berlins Bürgermeister *Willy Brandt* konnten klären, daß keine derartigen Wünsche von westlicher Seite vorgetragen worden seien. Es wurde offenkundig, daß einige CDU-Politiker bei der Bestimmung Berlins als Wahlort größere Ausfälle an Wahlmännern und damit einen ungünstigeren Ausgang der Wahl befürchteten. Sehr geschickt stieß der sowjetische Außenminister *Gromyko* in diese verwundbare Stelle hinein, indem er die Abhaltung der Wahl in Berlin als Provokation erklärte. Bundestagspräsident Gerstenmaier und Bürgermeister Brandt aber konnten sich mit dem Hinweis, daß durch die Wahl in Berlin niemand provoziert werden sollte, mit Unterstützung einer großen Mehrheit des Bundestages durchsetzen.

Ein böses Spiel hat hierbei, ebenso wie bei der Kandidatenbenennung, der Bundesinnenminister *Gerhard Schröder* gespielt, der noch am Tage vor der Wahl den Bundestagspräsidenten durch ein inzwischen heftig umstrittenes Schreiben darauf aufmerksam machen zu müssen glaubte, daß dessen Rechtsauffassung über die Konsequenzen der Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik irrig sei und die Handhabe für eine Verfassungsklage gegen die Gültigkeit der Wahl bieten könne. Das Vorgehen Schröders hat sogar in seiner eigenen Partei beträchtliche Erregung hervorgerufen und in der Bundesversammlung zu Mißfallenskundgebungen der Berliner Abgeordneten gegen ihn geführt. Die Chancen für die Verwirklichung seiner ehrgeizigen Wünsche auf den Kanzlerposten sind dadurch sicher nicht größer geworden. Die eigentlich fällige Konsequenz für sein Verhalten, nämlich seine Entlassung als Minister, scheint aber weder der Bundeskanzler noch die Fraktion ziehen zu wollen.

Verhaftungen in der CDU

Beträchtliches Aufsehen erregten Verhaftungen von rund 30 Funktionären und Angestellten der CDU/CSU wegen Spionageverdachts. Unter ihnen befindet sich der ehemalige Bun-

destagsabgeordnete *Donhauser*, der schon im ersten Bundestag, damals noch prominentes Mitglied der Bayernpartei, in der Untersuchung eines Stimmenkaufs für die Wahl Bonns zur provisorischen Hauptstadt eine sehr wenig rühmliche Rolle gespielt hat. Ebenfalls wegen Nachrichtendienstes für den Osten verhaftet wurde auch einer der Mitbegründer des der CDU nahestehenden Kampfbundes „Rettet die Freiheit e. V.“, von *Hanstein*, der sich als Geschäftsführer der Liga für Menschenrechte besonders antikommunistisch gebärdet hatte.

Der Fall Mommer

Verhaftungen von SPD-Funktionären oder -Mitgliedern, die vom Osten her in die Parteiorganisation eingeschleust worden sind, hat es nur ganz wenig gegeben. Trotzdem entstand in der Partei eine Auseinandersetzung über das Problem der Kommunistenanfälligkeit, und zwar aus Anlaß der Rußlandreise von neun Redakteuren, die bei der SPD nahestehenden Zeitungen angestellt sind, außerdem wegen der Frankfurter Entschließungen des — übrigens keine Parteigliederung darstellenden — Sozialistischen Studentenbundes. Sie wurde durch eine Rede des Fraktionsgeschäftsführers *Karl Mommer* vor Studenten in Bonn vom Zaune gebrochen, der die Frankfurter Veranstalter „trojanische Esel“ nannte und das „geistige Gepäck“ jener neun Journalisten anzweifelte, die mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow ein Interview hatten. Der Konflikt konnte um so schneller beigelegt werden, als das Interesse der Öffentlichkeit ganz von den Auseinandersetzungen in der CDU/CSU in Anspruch genommen war.

Aber schon im Anschluß an die Bundespräsidentenwahl preschte Mommer vor der Auslandspresse in Berlin aufs neue vor; er sprach von der Notwendigkeit einer Rückkehr zu der politischen Linie *Schumachers* und behauptete, seit 1952 seien manche Parteimitglieder anfällig geworden für Gemeinsamkeiten mit dem Kommunismus. Ihm antwortete recht heftig *Herbert Wehner*, gegen den Mommer wohl in der Erwartung, Rückendeckung in der Bundestagsfraktion zu haben, seine beiden Attacken gezielt haben dürfte. Freilich ist es als stark übertrieben zu bezeichnen, wenn von Gegnern dieser Streit als eine Auseinandersetzung zwischen dem „Wehner-Flügel“ und dem „Mommer-Flügel“ der SPD dargestellt wurde. Richtig aber ist, daß der ursprünglich aus dem gleichen politischen Lager wie Wehner kommende Mommer zuvor schon den Deutschland-Plan der Partei abgelehnt hatte, an dessen Skizzierung Wehner zwar beteiligt war, an dem aber auch andere, wie *Carlo Schmid*, *Fritz Erler* usw., maßgeblich mitgewirkt haben. Der Streit wurde mit einer Rüge für die Art und Weise des Mommerschen Vorgehens, allerdings unter ausdrücklicher Zubilligung des

Rechts auf Kritik, und mit einer Rechtfertigung für Wehner abgeschlossen.

Ollenhauers Entschluß

Die Führungsgremien der SPD haben den zweiten Mommer-Streit sehr geschickt mit anderen Beschlüssen aufgefangen, die allerdings eine Sensation für die deutsche Innenpolitik darstellten. Sie haben schon jetzt eine Siebener-Kommission, bestehend aus dem Parteivorsitzenden Ollenhauer, dem Bundestagsvizepräsidenten Prof. Carlo Schmid, dem Wehrexperten Fritz Erler, dem Wirtschaftler Heinrich Deist und den Ministerpräsidenten von Berlin, Hamburg und Hessen (Willy Brandt, Max Brauer und Georg-August Zinn) eingesetzt, die die Strategie für die Bundestagswahl 1961 festlegen und personelle Vorschläge ausarbeiten soll. *Erich Ollenhauer* hat für sich von vornherein auf jedes Regierungsamt verzichtet, eine Entscheidung, die nicht nur eine heute seltene und nachahmenswerte Selbstbescheidung, sondern auch ein großes Maß politischer Klugheit verrät. Alle Äußerungen der Unzufriedenheit innerhalb der Partei, die sich schon beim vorjährigen Stuttgarter Parteitag auf den Parteiführer zu konzentrieren drohten, schließlich aber noch einmal auf einige seiner engsten Mitarbeiter im Parteivorstand abgelenkt werden konnten, dürften damit zunächst einmal paralytisch und seine Stellung als Parteivorsitzender gefestigt worden sein, zumal seine Fähigkeit zur Vermittlung zwischen sich befehdenden Persönlichkeiten unbestritten und unentbehrlich ist.

Die übrigen sechs aus der Siebener-Kommission aber dürften den Kern der Regierungsmannschaft darstellen, die man der Öffentlichkeit für 1961 präsentieren wird, möglicherweise erweitert durch einige weitere prominente Persönlichkeiten, wie die Kronjuristen der Partei, *Adolf Arndt* und *Gustav Heinemann*. Die SPD stellt damit der Öffentlichkeit ein Team vor, in dem praktische Regierungserfahrung, Fachwissen, persönliches Format und Popularität vereint sind und das auch gegenüber dem Gegner keine schwachen Stellen aufweist. Als Kanzlerkandidaten wird man wahrscheinlich *Carlo Schmid*, den bislang populärsten Sozialdemokraten, vorschlagen, der durch die Begleiterscheinungen der Präsidentenwahl, trotz seiner Niederlage, eher noch an Beliebtheit gewonnen hat. Ihm folgt an Popularität Berlins junger Bürgermeister *Willy Brandt*, der auch ein bedeutendes internationales Ansehen aufzuweisen hat. In ihren Ländern weit über die Grenzen ihrer Partei hinaus beliebt sind auch der Ministerpräsident von Hessen, *Zinn*, und der Bürgermeister von Hamburg, *Max Brauer*. Die großen Erfolge der SPD bei den Landtagswahlen 1957/58 in Hamburg (54 vH), Berlin (53vH) und Hessen (47 vH) sind zu einem erheblichen Teil den Persönlichkeiten Brandts, Brauers und

Zinns zu verdanken. Ihre Nominierung dürfte geeignet sein, der CDU/CSU bei der nächsten Bundestagswahl jenen Publikums wind aus den Segeln zu nehmen, der 1957 durch die Parole „Keine Experimente“ erzeugt worden war.

Der Deutschlandplan der SPD

Meinungsumfragen der letzten Zeit haben ergeben, daß das Stimmenverhältnis zwischen CDU und SPD für die letztere nicht wesentlich günstiger ist als bei der Bundestagswahl 1957. Freilich sind darin noch nicht die Stimmungsauswirkungen der Adenauer/Erhard-Krise enthalten, aber trotzdem steht fest, daß das Stimmungsbarometer vor einiger Zeit für die CDU um einige Punkte niedriger, für die SPD um einige Punkte besser gestanden hat. Die Verschlechterung für die SPD in den letzten Monaten dürfte zu einem wesentlichen Teil auf die Enttäuschung über die unnachgiebige sowjetische Haltung in der Wiedervereinigungsfrage, auf die Veröffentlichung des Deutschlandplanes der SPD und die Propaganda zurückzuführen sein, die die CDU damit getrieben hat. In der Tat hat es auch in der SPD selbst lebhaftere Auseinandersetzungen über diesen Plan gegeben, der militärisch eine beide Teile Deutschlands, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfassende Entspannungszone, Rüstungsbeschränkungen, Atomwaffenfreiheit, beiderseitigen Truppenabzug, Bündnisfreiheit und kollektives Sicherheitssystem, politisch aber einen Dreistufenplan der Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands vorsieht. Den stärksten Widerspruch hat es gefunden, daß der vorgeschlagene Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat zu gleichen Teilen aus Vertretern der Bundesrepublik und der nur ein Drittel so großen DDR zusammengesetzt sein soll. Immerhin sind so viel Sicherungen für das Wirksamwerden seiner Beschlüsse eingebaut, daß daraus kaum eine kommunistische Machtergreifung möglich werden dürfte. Auch soll schließlich die gesamtdeutsche Regierung aus allgemeinen, freien und geheimen Wahlen hervorgehen.

Die SED-Machthaber als die eigentlich Betroffenen haben denn auch heftig ablehnend darauf reagiert. Das polnische und das sowjetische Echo war zwar freundlicher, aber letzteres war auch mit so viel Einschränkungen versehen, daß an eine Verwirklichung des Deutschlandplanes, so wie ihn sich die SPD vorstellt, wohl nicht zu denken ist. Trotzdem sind sowohl bei der Bundesregierung als auch in der Leitung der CDU/CSU seit längerem Vorbereitungen im Gange, um zu Beginn des Herbstes gerade mit dem Deutschlandplan und der Person seines angeblichen Urhebers *Herbert Wehner* einen großen Agitationsfeldzug gegen die Sozialdemokratie zu starten. In diese Vorbereitungen ist die SPD durch die Gründung der Siebener-Kommission und den Verzicht Ollenhauers auf Regierungsämter recht geschickt hineingestoßen. Zwar wird

auch diese Offensive von der Gegenseite als Werk Wehners bezeichnet, was aber dem Publikum schon schwieriger plausibel zu machen sein dürfte, da sowohl Wehner als auch sein Kollege im stellvertretenden Parteivorsitz, *Waldemar von Knoeringen*, verlauten ließen, daß auch sie, wie Ollenhauer, nicht an Regierungsämter dächten, sondern sich weiterhin der Parteilarbeit widmen wollten. Wehner kann dabei die Angriffe, die immer wieder auf seine politische Vergangenheit unternommen werden, durch den Hinweis auf die Erfolge der von ihm aktivierten sozialdemokratischen Betriebsarbeit entkräften, die einen starken Rückgang der Kommunisten bei den Betriebsrätewahlen zur Folge hatte

Die Genfer Verhandlungen

Die Genfer Außenministerkonferenz hat weder die Berlinfrage noch das Wiedervereinigungsproblem auch nur einen Schritt der Lösung näherbringen können. Allerdings konnte — dank dem guten Willen der Amerikaner und Briten wie auch der Sowjets — ein Abbruch vermieden werden, und nach über dreiwöchiger Unterbrechung sind die Verhandlungen am 13. Juli wiederaufgenommen worden, so daß nach wie vor ernsthafte Chancen auch für eine Gipfelkonferenz bestehen. Auch vermieden die Sowjets alles, was eine Verschärfung der Lage hätte herbeiführen können, wie etwa Terminpressionen in der Berlinfrage oder Sanktionen anlässlich der Präsidentenwahl. Wenig glücklich waren die Rollen der beiden deutschen Delegationen, die zwar im Saal als Berater anwesend waren, sich aber tunlichst aus dem Wege gingen. Innerhalb der westlichen Partner, und zwar zwischen Briten, teilweise auch Amerikanern auf der einen und Franzosen und Bundesdeutschen auf der anderen Seite, zeigten sich beträchtliche Meinungsunterschiede in der Frage der einzuschlagenden Verhandlungstaktik — Unterschiede, hinter denen offensichtlich die Differenzen über die Wirtschaftsunion der Sechs und die Freihandelszone stehen. Das wurde aus der britischen Presse noch deutlicher als aus dem Auftreten von *Selwyn Lloyd*.

Offensichtlich gestört wurden die internationalen Verhandlungen durch Aktionen bestimmter Flüchtlingskreise, vor allem sudetendeutscher, die auf einmal nicht nur die Grenzen von 1937, sondern auch die von *Hitler* im Münchener Abkommen eroberten tschechoslowakischen Randgebiete für Deutschland in Anspruch nehmen. Hier tat sich besonders ein stark nach rechts tendierender Kreis sudetendeutscher BHE-Politiker in Bayern hervor, der unter Führung des Fraktionsführers Dr. *Becher* und des Ministers *Stain* steht. Unter Widerspruch und Mißbilligung anderer Landesverbände rief der bayerische BHE eine „National-Demokratische Union“ (NDU) als Dachorganisation für

alle nationalistischen und revisionistischen Kräfte aus.

Zwei Landtagswahlen

Die beiden Landtagswahlen vom 19. April, in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen, zeigten das bei Landtagswahlen nun schon gewohnte Bild: Stimmengewinne der CDU gegenüber den Landtagswahlen vor vier Jahren, aber beträchtliche Verluste gegenüber der Bundestagswahl; Stimmengewinne der Sozialdemokraten gegenüber der Landtags- und Bundestagswahl. Die Anstrengungen der CDU, den Sozialdemokraten in Niedersachsen die führende Position abzugeben, wurden von diesen leicht abgeschlagen, und das diplomatische Geschick des „roten Weifenherzogs“ *Hinrich Kopf* verstand es, eine sich schon fest abzeichnende bürgerliche Viererkoalition gegen die mit 40 vH aller Stimmen stärkste Partei zu torpedieren und eine Regierung unter Führung der Sozialdemokratie zu bilden. Unerfreulich war das Wahlergebnis von Rheinland-Pfalz insofern, als es dort der rechtsradikalen Deutschen Reichspartei gelang, in den Landtag einzuziehen — dank der besonderen Wahlbestimmungen allerdings nur mit einem statt fünf Abgeordneten. Zu den Gründen der Anfälligkeit mancher Teile dieses Landes für die Rechtsradikalen — es gab Kreise und Städte mit bis zu 16 vH DRP-Stimmen! — dürfte auch das mangelhafte Funktionieren der Kontrollaufgaben von parlamentarischer Opposition (SPD) und des größten Teiles der dortigen Presse gehören. Der Erfolg der DRP in Rheinland-Pfalz und die Gründung der NDU in Bayern zeigen, daß die Gefahr des Rechtsradikalismus keineswegs so endgültig gebannt ist, wie manche Politiker glauben machen wollen.

Verdruß an der Saar

Wenig erfreuliche Begleiterscheinungen hatte die wirtschaftliche Rückgliederung des Saarlandes. Erst war es der Widerstand der Bundesregierung und der sie stützenden Parteien ge-

gen die Beibehaltung bestimmter sozialer Erregenschaften an der Saar, der in der dortigen Bevölkerung den bösen Ruf nach einer neuen Volksabstimmung laut werden ließ; offenbar befürchtete man in Bonn eine Ansteckungsgefahr sozialer Begehrlichkeit für das übrige Bundesgebiet. Dann trieben bei der Währungs- umstellung profitgierige Geschäftemacher die Preise so stark in die Höhe, daß der DGB zu einem einstündigen Proteststreik aufrufen mußte. Die Demonstration sozialen Unverständnisses und krassesten Geldmachens, die bei dieser Gelegenheit vorgeführt wurde, muß von den Bewohnern der DDR als eine traurige Generalprobe dessen verstanden werden, was sie im Falle einer Wiederherstellung der deutschen Einheit erwartet — in der Tat ein höchst bedauerliches und abstoßendes Exempel.

Ehrenschutz und Parteigesetz

Beklagenswert ist die Zähigkeit, mit der die Bundesregierung — unter dem Vorwand der Erhöhung des persönlichen Ehrenschatzes — jenen Gesetzentwurf des Bundesjustizministers durchdrückt, dessen Form und Inhalt, trotz einiger Konzessionen, eine schwere Bedrohung der Pressefreiheit darstellt, insofern, als der Presse die Wahrnehmung des öffentlichen Interesses bei Veröffentlichung von Informationen beschnitten werden soll. Zu begrüßen wäre an sich, daß das Bundesinnenministerium endlich nach zehn Jahren den Auftrag des Grundgesetzes zum Erlaß eines Parteiengesetzes ausführte; der Entwurf ist aber, weil er für die Herkunft der Parteimittel *nicht*, wie vom Grundgesetzgeber gemeint, individuelle und namentliche, sondern nur nach anonymen Gruppen gegliederte Rechenschaftsregelung vorsieht, vollständig unzulänglich und auch in anderen Punkten einseitig auf die Interessen der herrschenden Partei abgestellt. Er stellt insofern nur einen recht unvollkommenen, ja wehmütig stimmenden Beitrag zum zehnten Geburtstag des Grundgesetzes (23. Mai) dar.

Dr. Hans Henrich

Karl-Heinz Sohn
Rudolf Quast
Adolf Leweke
Günther Heyder
Gerhard Höpp
Bernd Rütters
Ossip K. Flechtheim
Artur Saturnus
Hans Bayer
Theo Thiemeier
Werner Plum

In den nächsten Heften lesen Sie u.a.:

Gewerkschaftliche Beurteilung der Konzentration
Konzentration und Mitbestimmung
Wie weit Mitbestimmungsrecht?
Industriearbeiter und Mitbestimmung
Thesen zur Unternehmensreform
Der politische Streik
Gewerkschaften und Parteifinanzierung
Gewerkschaften und Presse
Vom Sozialismus zur Soziallehre
Klassische Erfolgsermittlungsmethoden
Dichtung der Berber
